

**GEMEINSAM
MEHR ERREICHEN!**



FWG

FBU
Freie Bürger Union

GEMEINSAM MEHR ERREICHEN!

Koalitionsvertrag zwischen

SPD Kaiserslautern

BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN Kaiserslautern

FWG Kaiserslautern

und der FBU Kaiserslautern

im Stadtrat Kaiserslautern

für die Wahlperiode 2014 bis 2019

Präambel

Kaiserslautern ist lebenswert und hat außergewöhnliche Potenziale. Mit seiner einmaligen Kulturlandschaft ist Kaiserslautern als Teil der Pfalz gleichermaßen attraktiver Lebensraum wie auch prosperierender Wirtschafts- und Technologiestandort. Die vielfachen Potenziale der Stadt gilt es zu fördern und weiter zu entfalten. Hierbei hat sich der soziale, ökologische und wirtschaftliche Strukturwandel zu einer Daueraufgabe entwickelt.

Die Koalitionsparteien SPD, Bündnis 90/Die Grünen, FWG und die FBU haben sich dazu entschlossen, in einer Koalition zusammenzuarbeiten. Sie wollen in den nächsten fünf Jahren eine sachliche, ehrliche und verantwortungsbewusste Politik gestalten. Sie stehen dafür ein, dass eine Politik für die Bürgerinnen und Bürger und ihre Stadt Vorrang hat vor der Auseinandersetzung zwischen Personen und Fraktionen.

Es gilt die sozialen, ökologischen und wirtschaftlichen Strukturen unserer Stadt weiterzuentwickeln und die Rahmenbedingungen für die Entfaltung der individuellen Lebensziele und -entwürfe zu optimieren.

Die Koalition steht daher für einen politischen Neuanfang in Kaiserslautern. An die Stelle von punktuellen, selektiven und thematischen Bündnissen tritt ein Koalitionsbündnis. Diese wird in den kommenden Jahren eine zielgerichtete, abgestimmte und verantwortungsbewusste Politik für Kaiserslautern gestalten.

Die Koalition steht für die demokratischen Werte der politischen Pluralität, der individuellen Freiheit und des Dialogs zwischen allen Menschen sowie zur Verantwortung als Kommune in der Welt.

Die gemeinsamen Ziele sind:

- Familienfreundlichkeit und hohe Attraktivität als Stadt für Studierende, Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen, Fachkräfte und Wirtschaftsunternehmen. Allen Einwohnerinnen und Einwohnern soll in einer prosperierenden Stadt Arbeit und soziale Sicherheit in einer intakten Umwelt ermöglicht werden. Hierzu werden wir gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern die Infrastruktur der Stadt nachhaltig weiterentwickeln;
- Investitionen in Bildung und Kultur, in den Umwelt-, Natur- und Klimaschutz ebenso wie in eine zukunftsfähige, bürgerfreundliche Stadtstruktur und eine nachhaltige Verkehrsinfrastruktur, worin öffentlicher Personennah- wie Radverkehr eine wichtige Rolle spielen;

und, als Voraussetzung dafür:

- die Fortführung einer Politik der soliden Finanzen zur Erhaltung eines durch die Überschuldung der Stadt stark eingeschränkten Gestaltungsspielraumes. Dies erfordert eine nachhaltige Haushaltspolitik, welche die Steigerungsraten des Defizits reduziert, gleichzeitig aber notwendige Impulse setzt. Es ist ein besonderes Augenmaß erforderlich in der Abwägung zwischen Konsolidierung und dem Einsatz von finanziellen Mitteln.

Soweit haushälterische Restriktionen einzelnen Vorhaben entgegenstehen, werden die Koalitionsparteien alles unternehmen, um eine zieladäquate Alternative umzusetzen. Im Vertrauen auf den gemeinsamen Willen der politisch Beteiligten und der Verwaltung werden unsere Ziele jedoch als realistisch umsetzbar angesehen. Hierfür will die Koalition gemeinsam im Stadtrat eintreten.

1. Stadtentwicklung

Stadtentwicklung bedeutet für die Koalition der gemeinsame Weg aller Partner, Akteure und Verantwortlichen in Kaiserslautern, die Stadt wirtschaftlich, gesellschaftlich, kulturell, ökologisch, sozial und infrastrukturell weiterzuentwickeln. Kaiserslautern soll die Stadt bleiben, in der es sich in einer schönen Landschaft gut leben und arbeiten lässt, unabhängig von Herkunft, Religion, Ausbildung, Geschlecht oder Einkommen.

Dieser Grundhaltung folgend ist es erforderlich, viele Einzelmaßnahmen in Angriff zu nehmen:

Weitere Industrie- und Gewerbeflächen im Stadtgebiet sind zu entwickeln. Hierbei muss nach der erfolgten Erweiterung von IG Nord und Europahöhe jetzt das Augenmerk besonders auf Konversionsflächen und Flächenrecycling gelegt werden. Die Koalitionspartner werden daneben die Attraktivitätssteigerung der Stadt für wissenschaftliche Institutionen und Fachkräfte mit großem Engagement unterstützen. Zusätzlich wird aber auch Erhalt und Schaffung von „einfacher Arbeit“ als wichtiger Bereich berücksichtigt. Bei der Bereitstellung von Industrie- und Gewerbeflächen müssen Natur- und Umweltschutz eine besondere Berücksichtigung finden.

Neben der Innenstadtentwicklung gilt es, die Ortsbezirke lebendig zu erhalten. Die Infrastruktur muss in enger Abstimmung mit den Ortsbeiräten erhalten, bzw., wo es nötig ist, verbessert werden, damit die Lebensqualität nicht Schaden nimmt. Die Koalition fraktionen stimmen darin überein, dass die Erweiterung des Bürgerhauses auf dem Einsiedlerhof in der laufenden Wahlperiode in einvernehmlicher Absprache mit dem Ortsbeirat umgesetzt werden soll. Des Weiteren befürwortet die Koalition Planung und Ausbau eines Rad- und Fußweges zwischen Friedhof Erfenbach und Stockborn. Entsprechende Finanzmittel für die Maßnahmen sind im Haushalt der Wahlperiode einzustellen.

Die Bedeutung von Technischer Universität, Hochschule und Instituten als wissenschaftlichen Einrichtungen und große Arbeitgeber ist für die Entwicklung der Region Kaiserslautern außerordentlich hoch und wird weiter zunehmen. Die Entwicklung des Pfaffgeländes ist ein Großprojekt von großer Ausstrahlung und hoher Bedeutung für die Stadt Kaiserslautern. Die Umsetzung muss auf der Grundlage einer breit angelegten und transparenten Informationsbasis unter Mitwirkung von Wirtschaft, Wissenschaft, sowie interessierter Bürgerinnen und Bürger erfolgen. Hierfür werden öffentliche Informationsveranstaltungen benötigt und ab 2015 durchgeführt. Die Bebauung der Fläche wird schrittweise erfolgen. Städtebauliche Qualität hat Vorrang vor der Umsetzungsgeschwindigkeit. Eine gute Durchwegung, nachhaltige Energienutzung, hohe Aufenthaltsqualität und der gelungene Bezug zur Umgebungsbebauung müssen diese Qualität u. a. sicherstellen. Die Entwicklung von Fünfundachtzig Prozent der Fläche wird von der öffentlichen Hand organisiert. Die Möglichkeit für Bürgerinnen und Bürger z. B. durch Bildung von Genossenschaften nachhaltige Wohnformen (generationenübergreifendes Wohnen, Inklusion) auf dem Gelände umzusetzen soll auf dem Gelände geschaffen werden.

Bei den sich in öffentlicher Hand befindenden Flächen, sollte eine Bebauung unbelasteter Flächen nicht vor einer Bebauung oder Sanierung belasteter Flächen erfolgen.

Zugleich werden die Koalitionsparteien die Stadt in ihren Bemühungen unterstützen, die Hochschulen stärker in das gesellschaftliche und kulturelle Leben einzubinden.

Durch die Bündelung des gesamten Fachhochschulbereichs auf dem ehemaligen Kammgarngelände ist von einer gesteigerten Attraktivität in der Umgebung Mühlstraße/Burgstraße auszugehen. Der Bereich Burgstraße (Gartenschau-Parkplatz) soll für die Ansiedlung hochschulnaher Einrichtungen freigehalten werden.

Eine weitere Ausweisung von Wohnbauflächen im Außenbereich lehnen die Koalitionäre grundsätzlich in dieser Legislaturperiode ab. Es gilt der Grundsatz Innen- vor Außenentwicklung. Bei der Entwicklung von Baugebieten ist es Ziel, dass die Stadt den entstehenden Planungsgewinn abschöpft.

Mit Blick auf die gesellschaftliche Entwicklung ist auch die Umsetzung einer zukunftsorientierten Bildungs- und Familienpolitik für den Wissenschaftsstandort Kaiserslautern von herausragender Bedeutung und muss gefördert werden. Grundsätzlich ist für junge Eltern die Vereinbarkeit von Familie und Beruf neben geeignetem Wohnraum und der allgemeinen Attraktivität einer Stadt von großer Wichtigkeit. Unbesetzte Stellen sind im Kitabereich unverzüglich zu besetzen.

Die Infrastruktur in der Innenstadt von Kaiserslautern mit ihren kurzen Wegen ist ein Pluspunkt der Stadt. Um diese zu sichern, ist in der Kernstadt gehobener wie auch bezahlbarer Wohnraum zu schaffen. Dazu müssen Baulücken geschlossen, alte Bausubstanzen saniert und weitere geeignete Maßnahmen (Instrumente des Baurechts, Entkernen, Verdichten, Aufstocken, Begrünen usw.) ergriffen werden. Bei Planungen dieser Art müssen Einflussfaktoren wie jene der Demographie und notwendiger Mobilität, Wohntrends und Energieeffizienz sowie die Bedürfnisse des Einzelhandels, etc. berücksichtigt werden. Daneben sind kurze Wege, die Verkehrsanbindung, Sicherheit und Sauberkeit, das Erleben von Aufenthaltsqualität und ein gutes Kultur- und Sportangebot weitere große Einflussfaktoren. Beispielsweise muss die Aufenthaltsqualität in der Fuß-

gänger- und der Boulevardzone z.B. durch Kleinmaßnahmen wie mehr Grün, Wasser, Bänke, Fahrradständer etc. gesteigert werden. In mehreren Quartieren, z. B. westlich der Fackel- und Mühlstraße, sollten Innenhöfe von Blockbebauungen ausgeräumt und neu belebt werden. Eine Quartier-Belebung am Schillerplatz wird ebenfalls für notwendig erachtet.

Nicht zuletzt ist es Ziel durch die beschriebenen wie auch durch weitere Baumaßnahmen z. B. an städt. Gebäuden eine Verbesserung der ökologischen Bilanz der Stadt zu erzielen. Diese Verbesserung kann durch ein weitsichtiges Gebäudemanagement, sowie den Erhalt von Stadtgrün, wo immer er möglich ist, noch erhöht werden.

2. Arbeit, Wirtschaft und Finanzen

Es gilt auf kommunaler Ebene, den Wirtschaftsstandort Kaiserslautern zu stärken, auszubauen und weiterzuentwickeln, um bestehende Arbeitsplätze zu sichern und neue zu schaffen.

Die Pflege des Bestandes und die Neuansiedlung von Unternehmen unter Beachtung der Branchenvielfalt und Umweltverträglichkeit haben für die Koalition einen herausragenden Stellenwert.

Daneben verfügt die Stadt Kaiserslautern über ein großes Angebot an Bildungs- und Fortbildungseinrichtungen. Hier werden die auf dem Arbeitsmarkt dringend gesuchten Fachkräfte von morgen ausgebildet.

Ziel muss es sein, im Wettbewerb um Unternehmensansiedlungen dieses Potenzial besser überregional bekannt zu machen. Dabei misst die Koalition auch dem Verein ZukunftsRegion Westpfalz e.V. und der mit ihm einhergehenden Vernetzung eine erhebliche Bedeutung zu.

Bei dem so wichtigen Wettbewerb um Unternehmen wissen die Koalitionspartner aber auch um die besondere Bedeutung weicher Standortfaktoren wie gute schulische Angebote und Bildungseinrichtungen, Familienfreundlichkeit, gute Sport- und Freizeitangebote ein reichhaltiges kulturelles Angebot sowie eine optimal vernetzte regionale Planung.

Durch den Strukturwandel der letzten 20 Jahre hat sich Kaiserslautern zu einer Stadt mit einem neuen Schwerpunkt auf Wissenschaft und der Informationstechnologie entwickelt. Dadurch ist eine Vielzahl neuer Arbeitsplätze geschaffen worden. Diese Entwicklung gilt es weiter zu fördern und voranzutreiben. Gleichzeitig müssen die vorhandenen Industriearbeitsplätze, wie z.B. bei Opel, gesichert und, wenn möglich, ausgebaut werden. Kaiserslautern braucht beide Standbeine. Hierzu gehört auch die bedarfsorientierte Bereitstellung von Gewerbeflächen und Flächen für Industrieanlagen unter Berücksichtigung von Nachhaltigkeitskriterien. Fläche ist nicht vermehrbar und damit ein teures Gut.

Wir wollen die Kaufkraft in Kaiserslautern stärken. Wir wollen Kaiserslautern als Einkaufsstadt in seiner Attraktivität erhalten und verbessern. Parallel muss der innerstädtische Handel gesichert und gefördert werden. Hierbei sind für die Koalitionsparteien Untersuchungen richtungsgebend, die besagen, dass eine gute Verkehrsanbindung, Kulturangebote, Erlebnisfaktor, Sauberkeit und Sicherheit das Einkaufsverhalten positiv beeinflussen.

Ein immer größer werdendes Problem ist die Finanzsituation Kaiserslauterns. Ohne eine grundlegend bessere finanzielle Ausstattung kann die Stadt ihre Aufgaben nicht dauerhaft erfüllen. Der wesentlichste Faktor hierfür ist die Höhe der Sozial- und Jugendhilfaufwendungen. Die von Bund und Land hierfür bereitgestellten Mittel sind nicht kostendeckend. Die Koalition wird alle Anstrengungen unternehmen, die Umsetzung des Konnexitätsprinzips, d.h. die Forderung, „wer bestellt, bezahlt“, einzufordern. Außerdem wird die Wiedereinführung der „Parkkarte“ –zumal nicht gegenfinanziert- in dem Zusammenhang abgelehnt.

Eine verwaltungskostensenkende Wirkung kann auch durch eine gebietsübergreifende Aufgabenerfüllung erzielt werden. Diese muss das Land durch eine grundlegende Strukturreform vorantreiben. Hierbei sehen die Koalitionsparteien die Lebensfähigkeit des Oberzentrums als Voraussetzung für eine prosperierende Region. Die Koalition strebt eine Kooperation bis hin zur Fusion mit dem Landkreis an und versucht ein gemeinsames Konzept mit dem Landkreis zu entwickeln.

Die Haushalte werden von den Koalitionspartnern gemeinsam beraten. Im Stadtrat wird den Haushalten von 2015 -2019 , (incl. etwaiger Nachtragshaushalte) von allen Koalitionspartnern zugestimmt. Das Problem der freiwilligen Leistungen ist mit der Aufsichtsbehörde zu erörtern, mit dem Ziel, Elemente der kommunalen Selbstverwaltung zu verwirklichen. Veranschlagte Investitionen sollen im selben Haushaltsjahr umgesetzt werden. Bei der Veranschlagung ist auf die Kassenwirksamkeit besonderen Wert zu legen. Verwaltungsinterne Hemmnisse der Umsetzung sind zu prüfen. Es ist Ziel des Koalitionsvertrages für die Haushaltsperiode 2017/2018 Elemente eines Bürgerhaushaltes zu integrieren.

3. Verwaltungsreform

Auf der städtischen Verwaltungsebene sind Reformen und Veränderungen notwendig. Ein erster Schritt hierzu ist u. a. auch die von SPD und Bündnis 90/Die Grünen gewünschte Wiedereinführung der Ortsbeiräte für die Innenstadt. Mit dieser Maßnahme ist die bereits initiierte und für die Stadtteile durchgesetzte Kompetenzerweiterung für Ortsbeiräte verbunden. Die Koalitionspartner FWG und FBU lehnen die Einführung innerstädtischer Ortsbeiräte ab und stellen den übrigen Koalitionären frei, andere Mehrheiten zur Umsetzung herbeizuführen.

Bei dem Bau von Industriegebieten und Großprojekten wie die Entwicklung des ehemaligen PFAFF-Geländes muss die Akzeptanz der Zivilgesellschaft dadurch geschaffen

werden, dass die Bürgerinnen und Bürger in den Gestaltungsprozess eingebunden werden. Ihre Belange müssen ebenso wie jene des Einzelhandels aufgenommen und in die Entscheidungsgremien transportiert werden. Dies alles kann die vorhandene Verwaltung nicht mehr leisten. Konkrete Wohnstandortentwicklungen müssen vor Ort z.B. durch Eigentümerbefragungen vorbereitet und Sensibilisierungen der Anwohnerinnen und Anwohner durchgeführt werden. Hier können insbesondere Stadtratsmitglieder und Ortsbeiräte eine wichtige Unterstützungsarbeit leisten. Vorstellungen der Bürgerinnen und Bürger, wie sie ihre Innenstadt sehen wollen, können so leichter ihren Weg in die Verwaltungsbüros finden. Ebenso kann ein Bürgerhaushalt nur unter starker Einbindung von Stadtratsmitgliedern und Ortsbeiräten umgesetzt werden. Außerdem sind die Belange der steigenden Zahl unserer älteren Mitbürgerinnen und Mitbürger (Stichwort: Stadt der kurzen Wege) zu berücksichtigen.

Die Stadtverwaltung wird den Prozess der Optimierung des Verwaltungshandelns fortsetzen. Für diesen Prozess gilt es, mit Hilfe von einschlägig qualifizierten Beratungsunternehmen Teilbereiche zu analysieren und Handlungsvorschläge zu erarbeiten. In einer Arbeitsgruppe aus Verwaltung und allen Fraktionen wird erarbeitet, welche Leistungen die Stadt Kaiserslautern nicht mehr oder anders erbringt (Reduktion der Aufgaben). Ehrenamt kann nicht das notwendige Personal ersetzen, darf es nach der Einführung des Mindestlohns auch nicht! Ein Personalabbau nach der Rasenmäher-Methode wird abgelehnt.

4. Ehrenamt

Die Bedeutung einer selbstbestimmten und selbstverantwortlichen Stadtgesellschaft wird weiter zunehmen. Das freiwillige Engagement von Bürgerinnen und Bürgern ist schon seit vielen Jahrzehnten ein unverzichtbarer und wertvoller Pfeiler in sehr vielfältigen Bereichen unseres Lebens. Die Koalition setzt sich dafür ein, dieses Potenzial - erst Recht in schwierigen finanziellen Zeiten - zu erhalten und zu fördern,

Ehrenamtliches Engagement ist unverzichtbar für ein aktives und attraktives Stadtleben und verdient es, entsprechend wertgeschätzt zu werden. Die Koalitionspartner begrüßen daher z. B. die Einführung einer Ehrenamtskarte. Die Freiwilligenagentur fördert Bürgerkompetenz und ehrenamtliches Engagement. Diese in Kaiserslautern so wichtige Einrichtung gilt es, für die Zukunft zu sichern und deren Potenziale zu nutzen und einzubinden.

5. Soziales, Integration und Gesundheit

Der Koalition ist es ein wichtiges Anliegen, wichtige soziale (Infra-)Strukturen der Stadt und eine leistungsfähige Sozialverwaltung zu erhalten und zu unterstützen- auch bei schwierigen finanziellen Rahmenbedingungen.

Von erheblicher Bedeutung hierbei ist eine Sozialplanung für das Leben und Wohnen in unserer Stadt. Eine Sozialplanung wirkt vorsorglich und steuernd. Sie kann somit auf soziale Fehlentwicklungen hinweisen und diesen entgegenwirken.

Es gibt steigende Fallzahlen bei der Hilfe zur Pflege, und die finanzielle Belastung der Gemeinde nimmt durch die steigenden Sozialausgaben weiter zu. Ein Fehlbedarf bei den Sozialausgaben ist nur reduzierbar, wenn die Gemeindefinanzierung durch Bund und Land verbessert wird. Auf kommunaler Ebene müssen aber Wege gefunden und Strukturen erhalten werden, die den Menschen unterstützende und kosteneffiziente Angebote sowie Hilfen zur Selbsthilfe vermitteln können. Ein niederschwelliger Zugang zu Informationen sowie Unterstützungsangeboten, auch in Fällen finanzieller Fragestellungen (z.B. Finanzierung von Pflege) sind elementare Grundpfeiler in einer immer älter werdenden Stadtgesellschaft. Die Koalition steht für die Erhaltung und Unterstützung entsprechender Beratungsstellen.

Es ist uns ein großes Anliegen, dass sich die facettenreiche Stadtgesellschaft auch in einem angemessenen Wohnungsangebot in Kaiserslautern wiederfindet. Auch im Bereich von einfachen Wohnverhältnissen muss sowohl technisch als auch sozial zeitgemäßer und verträglicher Wohnraum angeboten werden können. Bei Schlichtwohnungen in städtischer Trägerschaft muss der Bestand dem Bedarf angepasst werden. In diesen muss eine angemessene sanitäre Grundausstattung vorhanden sein. Die Schlichtwohnungen in städtischer Hand müssen schrittweise saniert werden. Dazu hat die Bauverwaltung ein Investitions- und Umsetzungsprogramm zu erstellen. Der Bereich alte Brücke wird bis Mitte 2015 realisiert und neben den Mitteln aus dem Städtebauförderungsprogramm soziale Stadt Ost, werden in den nächsten 4 Jahren noch jährlich mindestens 250 000 Euro aus Mitteln der Bauunterhaltung hierfür eingesetzt. Um den Bedürfnissen der Menschen gerecht werden zu können, muss die Stadtentwicklung integrativ und interdisziplinär begriffen werden. Initiativen in diesem Sinne sollen verstärkt gefördert und vorangetrieben werden.

Neuankömmlinge müssen mitunter sozialpädagogisch betreut werden. Sie benötigen darüber hinaus eine zentrale Anlaufstelle, in der sie eine kompetente und unkomplizierte Beratung und Hilfestellung erhalten. Sei es bei der Lösung ihrer Probleme mit den Behörden, bei Informationsbedarf über das städtische Freizeit- Bildungs- und Kulturangebot oder Tätigkeiten verschiedener Vereine. Ziel ist es, Netzwerke zu fördern und den Informationsaustausch optimal zu gestalten.

Die Umsetzung des beschlossenen Integrationskonzeptes muss in einem gemeinsamen Kommunikationsprozess zwischen Stadtverwaltung, Bürgerinnen und Bürger und dem inzwischen eingerichteten Migrations- und Integrationsbeirat herbeigeführt werden.

Es besteht generell ein Bedarf an barrierearmem bzw. -freiem Wohnraum in Kaiserslautern, damit ein selbstbestimmtes Leben auch bei Einschränkungen der Mobilität gewährleistet werden kann. Dieser Bedarf wird zügig und deutlich anwachsen (vgl. Wohnraumanalyse KL, 2009). Ein Ziel der Koalitionsfraktionen ist es daher, dafür zu sorgen, dass für alle Bevölkerungsteile bezahlbarer Wohnraum angeboten werden kann. Alternative Wohnformen, die dieses Ziel unterstützen, sind nach Kräften zu fördern. Daneben unterstützen die Koalitionsparteien den in Kaiserslautern erfolgreich tätigen Seniorenbeirat nach Möglichkeit in allen seinen Belangen, insbesondere bei Initiativen, die von seinen Mitsprachemöglichkeiten in Rat und Verwaltung ausgehen. Mit Blick auf das Gesundheitswesen ist festzustellen, dass wir bereits am Beginn eines dramatischen Fach-

kräftemangels in der Pflege stehen. Die Koalition begrüßt und unterstützt Bemühungen, welche die Zahl der Ausbildungsplätze und die Attraktivität der Arbeitsplätze erhöhen.

Letztendlich dient die Erhaltung und Förderung der Gesundheit (Vorsorge) dem Gesundheitsschutz. In dem Zusammenhang sehen wir die Kommune zumindest in Teilbereichen in der Pflicht, z. B. in den Bereichen gesundheitsfördernder Umweltgestaltung und gesundheitsgerechter Wohnbedingungen und guter Bewegungsangebote.

Bei dem hinlänglich bekannten demographischen Wandel ist die einzig wachsende Bevölkerungsgruppe die der Älteren. Hier unterstützen wir ein Mehr an medizinischer, pflegerischer Infrastruktur, um alten Menschen ein sorgenfreies Leben zu ermöglichen.

Eine optimale Gesundheitssicherung und medizinische Versorgung aller Bürgerinnen und Bürger muss auch in der Zukunft das Ziel der Politik in Kaiserslautern sein, denn das Gesundheitswesen ist auch eine kommunale Aufgabe. Hierbei muss ein überregionales Konzept zum Erhalt des Westpfalzkrankenhauses den Verdrängungswettbewerb über den Kostendruck ersetzen.

6. Familie – Kinder - Jugend

Wir wollen eine Stadt, in der sich Familien wohlfühlen. Dafür spielt die Vereinbarkeit von Familie und Beruf eine große Rolle. Diese braucht eine gute Kinderbetreuung. Damit junge Familien sich für Kinder entscheiden, sind bedarfsgerechte Betreuungsangebote, gute Qualität dieser Angebote und Trägervielfalt zu gewährleisten. Die Koalition wird sich trotz der schwierigen finanziellen Situation weiterhin dafür einsetzen, ein bedarfsgerechtes Angebot an Betreuungsplätzen auch für Kinder in den ersten drei Lebensjahren vorzuhalten. Ebenso tritt sie grundsätzlich für die Ausweitung des Ganztagschulangebots in Angebotsform und in Einzelfällen für die Ganztagschule und die Erweiterung der Mittagsbetreuung ein.

Den Koalitionsparteien ist es ein Anliegen, Familien, Kinder und junge Menschen zu fördern und dazu beizutragen, Benachteiligungen zu vermeiden oder abzubauen. Eltern und andere Erziehungsberechtigte müssen bei Bedarf beraten und unterstützt werden, wobei vor allem präventive Hilfen in Form von niederschweligen, alltagstauglichen Unterstützungsangeboten gestärkt werden sollen. Auch gilt es, Netzwerke früher Hilfen auf- und auszubauen.

Jungen Menschen ohne Schul- und/oder Berufsabschluss bleibt der Zugang zum Arbeitsmarkt oftmals versperrt. Wir setzen uns dafür ein, dass alle Jugendlichen in Kaiserslautern einen allgemeinbildenden Schul- und einen ersten berufsqualifizierenden Abschluss machen können. In diesem Zusammenhang gilt es, Projekte zu fördern, die pädagogische Präventionsarbeit leisten (Mediationsprojekte, gewaltfreie Konfliktbearbeitung, Projekte für Schulverweigerer, Einsatz von Streetworkern). Daher soll, die Jugend- und Schulsozialarbeit erhalten und wenn möglich ausgebaut werden. Außerdem setzt sich die Koalition für die Suche nach Proberäumen zum Beispiel als Zwischennutzung

für Jugendbands ein. Zu erhalten gilt es ebenso das Sommerferienprogramm. Weiterhin wird die Wiederbesetzung des Stadtjugendpflegers befürwortet.

Grundsätzlich ist ein gutes Spiel- und Freizeitangebot für Kinder und Jugendliche, sei es sportlicher, sei es kultureller Natur, für deren Entwicklung von hohem Wert. Ein kindgerechtes Spielplatzangebot soll erhalten bzw. ausgebaut werden. Für die Älteren sind Sportvereine, Bolzplätze und Schwimmbäder wichtig. Neben der Möglichkeit, sportlich aktiv zu sein, ist aber auch ein kind- und jugendgerechtes Kulturangebot unabdingbar. Insbesondere die Musikschule leistet in diesem Zusammenhang einen unverzichtbaren Beitrag in der kulturellen Breitenarbeit.

Unverzichtbar ist aber auch die Stadtbücherei. Auch sie muss erhalten bleiben. Die städtische Bücherei ermöglicht besonders Kindern und Jugendlichen aus einkommensschwachen Familien, die Bücher nicht kaufen können, das Lesen. Sie fördert die Lesekompetenz und ermöglicht einen Zugang zur Literatur. Eine zeitgemäße Infrastruktur, wie z. B. eine Online- Buchausleihe muss Zielsetzung sein.

Die Arbeit der Vereine und Verbände, die sich in der Jugendarbeit engagieren, kann nicht hoch genug eingeschätzt werden. Kirchen, Jugendverbände, Jugendgruppen und Sportvereine leisten einen hervorragenden Beitrag zur Förderung präventiver Jugendarbeit. Diese Arbeit, die zum größten Teil von Ehrenamtlichen geleistet wird, ist unverzichtbar. Sie gilt es, nachhaltig zu fördern.

Um die Situation der sozialen Gerechtigkeit objektiv evaluieren zu können, soll die Stadtverwaltung einen Armuts-/ Reichtumsbericht erstellen. Der Sozialpass für Einkommensschwache Einwohner wird attraktiver aufgestellt. Zum Beispiel durch vergünstigte Bildungs-, Freizeit- und Kulturangeboten. Die Möglichkeiten einer vergünstigten ÖPNV-Nutzung sind zu prüfen.

7. Bildung

Kaiserslautern verfügt traditionell über ein umfassendes, differenziertes und hochwertiges Bildungsangebot. Alle Bildungsmöglichkeiten, von der Kita bis zum Universitätsabschluss, sind in Kaiserslautern gegeben. Gute Bildungsangebote sind ein wichtiger Standort- und Zukunftsfaktor. Um auch zukünftig Lebensqualität und Attraktivität der Westpfalzmetropole Kaiserslautern zu sichern, muss unser Bildungsangebot erhalten, den gesellschaftlichen Veränderungen angepasst und weiterentwickelt werden. Die Koalition versteht es als eine ihrer wichtigsten Aufgaben, sich dafür einzusetzen, dass auch in schwierigen Zeiten, in denen die öffentlichen Haushalte gesetzlichen Schuldenbremsen unterworfen sind, an den Ausgaben für Bildung keine Kürzungen vorgenommen werden.

Ziel ist ein Bildungssystem, in dem niemand zurückgelassen wird, welches allen Kindern und Jugendlichen gerecht wird und den ungehinderten Zugang zur Bildung und somit Chancengleichheit ermöglicht.

Die Stadt hat in den letzten Jahren große Anstrengungen unternommen, um das Angebot an Kita-Plätzen, insbesondere für die unter Dreijährigen, bedarfsgerecht auszubauen. Dieser kommunalpolitische Schwerpunkt wird auch in der kommenden Wahlperiode eine zentrale Aufgabe der Koalitionsparteien bleiben, um junge Familien zu unterstützen.

Durch Kooperation und Vernetzung der Kita-Standorte sollen mit Unterstützung der städtischen Kultureinrichtungen vor allem Früh- und Sprachförderung in den Kitas ausgebaut und intensiviert werden. Bemühungen mit der Zielrichtung, Betriebs- bzw. betriebliche Kindergärten einzurichten, sollen angeregt und unterstützt werden.

Die Stadt als großer Schulträger von Grundschulen wie weiterführenden und berufsbildenden Schulen muss in der Lage bleiben, auch zukünftig die damit verbundenen großen finanziellen Leistungen erbringen zu können. Die Koalition wird dafür eintreten, dass Unterhalt und notwendige Sanierung der Schulen hohe Priorität behalten. Es sollen alle Schulstandorte in Kaiserslautern erhalten bleiben. Hierzu muss natürlich auch seitens des Landes größere finanzielle Unterstützung geleistet werden als in der Vergangenheit. Auch sind Stadt und Kreis gleichermaßen gefordert, aktuellen Entwicklungen sinnvoll zu begegnen, um der Notwendigkeit eines inklusiven Schulangebots nachkommen zu können. Auf dem Weg hin zu einem solchen Schulangebot wird `neben der Forderung nach Einhaltung des Konnexitätsprinzips` ein regionaler Schulentwicklungsplan angestrebt, der dazu dient, die Bildungsmöglichkeiten von Stadt und Kreis optimal zu verknüpfen und auf die gegebenen Anforderungen abzustimmen.

Jedes Kind hat das Recht auf einen qualifizierten Schulabschluss. Unabhängig von sozialen Rahmenbedingungen und Herkunft muss daher gewährleistet sein, dass jede Schülerin und jeder Schüler die Gelegenheit erhält, alle dazu nötigen Kompetenzen erwerben zu können. Um eine Grundlage zu schaffen, auf der dies möglich ist, sind ausreichende schulische Ganztagsangebote unbedingt notwendig. Die Koalitionsfraktionen werden sich deshalb grundsätzlich für die weitere Ausweitung des Ganztagsangebotes in Angebotsform und in Einzelfällen für die Ganztagschule einsetzen. Darüber hinaus müssen die städtische Musikschule und die Stadtbibliothek als Bildungs- und Kulturträger in ihren Arbeitsmöglichkeiten handlungsfähig bleiben. Beide Einrichtungen sind für die kulturelle Bildung von Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen von unschätzbarem Wert.

8. Kultur

„Kultur für alle“ lautet das Ziel. Das bedeutet, dass Kultur in ihrer ganzen Vielfalt und Kreativität allen Bevölkerungsschichten zugänglich sein muss und kein Luxusgut sein darf. Alle Menschen sollen am kulturellen Leben teilhaben können.

Kaiserslautern als Universitätsstadt und Standort vieler wissenschaftlicher Institute ist besonders gefordert, den Stellenwert und die Bedeutung der Kultur herauszuheben und wertzuschätzen. Einrichtungen wie die Fruchthalle, das Kulturzentrum Kammgarn, das Museum Pfalzgalerie, das Pfalztheater, die Emmerich-Smola-Musikschule und Musikakademie, das Theodor-Zink-Museum, die Pfalzbibliothek, die Volkshochschule und die

städtische Bibliothek sind Säulen unserer kommunalen Kultur und müssen es bleiben. Ausgabensteigerungen bei der Kammgarn oder beim Zoo dürfen nicht zu Einschränkungen in anderen Bereichen der Kultur führen.

Ein wichtiger Aspekt städtischer Kulturpolitik ist weiterhin, Kinder und Jugendliche für kulturelle Aktivitäten zu begeistern, zu sensibilisieren und sie langfristig an die kulturellen Institutionen zu binden. Die kulturelle Bildung kann nicht früh genug beginnen. Projekte wie TIM (Theater im Museum), die Jugendkunstschule und andere Institutionen der Jugendkulturmeile fördern, unabhängig von der schulischen Vorbildung, Kreativität und künstlerisches Verständnis. Sie machen Kulturerleben auch Kindern und Jugendlichen zugänglich. Diese Potenziale gilt es, zu erhalten und nach Möglichkeit zu erweitern. Darüber hinaus wollen die Koalitionspartner die freie Kulturszene unterstützen. Sie liefert mit ihren bunten progressiven Projekten einen wertvollen Beitrag zur Stadtkultur. Die in der Vergangenheit geschaffenen Verbindungen sollen erhalten und ausgebaut werden. Die Koalitionspartner wollen mit der freien Szene in einen kontinuierlichen Dialog eintreten.

In Anbetracht knapper kommunaler Kassen kommt dem Kultursponsoring und dem Bürgerengagement eine immer größer werdende Bedeutung zu. Dies ist in der Vergangenheit bei einzelnen Projekten beispielgebend gut gelungen (Lange Nacht der Kultur oder Jazzfestival). Zusammen mit Nachbarkommunen oder dem Bezirksverband sollten solche Kooperation zum Nutzen der gesamten Region verstärkt und ausgebaut werden.

9. Umwelt und Mobilität

Gegenüber künftigen Generationen sind wir in der Verantwortung unsere Ressourcen zu schonen. Dieser Verantwortung stellen sich die Koalitionäre in besonderem Maße.

Eine intakte Umwelt ist nicht nur Grundlage für ein gesundes Leben unserer Bevölkerung, sondern auch wichtig bei Ansiedlungsentscheidungen von Industrie und Gewerbe. Es gibt wenige Städte, die wie Kaiserslautern über eine Waldfläche von fast 1700 Hektar (davon mehrere Hundert Hektar Natur- und Landschaftsschutzgebiete mit vielen Naturdenkmälern) verfügen. Deswegen kommt Kaiserslautern eine besondere Verantwortung zu, diese Flächen zu erhalten und zumindest unter den FSC-Kriterien zu bewirtschaften.

In der Stadt selbst sorgen Parks, Fassadenbegrünung, Kleingrünflächen, Begleitgrün usw. für erträgliche mikroklimatische Verhältnisse. Da diese für die Gesundheit der Menschen besonders wichtig sind, strebt die Koalition hier Verbesserungen an: z.B. Erhalt der Kaltluftschneisen, Förderung von Fassadenbegrünung, standortheimische Nachpflanzungen, Baumschutzmaßnahmen bei Neubauten.

Die Koalitionsfraktionen streben eine gleichberechtigte Behandlung von Fußgänger, Rad, öffentlichem und motorisiertem Individualverkehr an. Sie werden darauf drängen, die Mobilitätserfordernisse aller abzusichern und zugleich Rahmenbedingungen zu schaffen für eine möglichst gerechte Verteilung von Nutzen und Lasten der notwendi-

gen Mobilitätsangebote. In dem Zusammenhang stellen auch Naturschutz und Landschaftspflege eine wichtige zu beachtende Größe dar. Das Biosphärenreservat „Pfälzer Wald“ in direkter Grenzlage zur Stadt soll weiter entwickelt und nicht weiter zerschnitten werden, weder durch Straßenbau, Gewerbegebiete noch durch Windkraftanlagen.

Ein Mobilitätskonzept unter der Sichtweise einer Gleichberechtigung aller Verkehrsträger für Kaiserslautern wird 2016 beauftragt. Der vorliegende Plan aus dem Jahr 1968 erfüllt nicht mehr die Anforderungen unserer Zeit.

Die Koalitionsparteien setzen sich dafür ein, neue, klimafreundliche Mobilitätsangebote zu schaffen. Diese dienen nicht nur dem Erhalt unserer Umwelt, sondern auch der Schaffung neuer Arbeitsplätze. Der weitere Ausbau des ÖPNV- Angebotes, die Verbesserung des Radwegenetzes (Merkurstraße), der Ausbau verkehrsberuhigter Straßen und die Förderung der Elektromobilität werden zukünftig im Vordergrund der politischen Arbeit im Bereich Mobilität stehen. Die Parkplatzsituation in der Kernstadt ist insbesondere für deren Bewohner nicht zufriedenstellend. Hier muss ein gesundes Gleichgewicht zwischen den Bedürfnissen und Erfordernissen von Ziel- und Anliegerverkehr erreicht werden. Die angestrebte Erleichterung für Fußgänger- und Radverkehr kann eine weitere Entspannung bewirken.

Darüber hinaus kämpfen die Koalitionsparteien aus touristischen und wirtschaftlichen Gesichtspunkten für den Erhalt des ICE-Haltepunktes in Kaiserslautern und die Schaffung des Bahnhalt punktes im Stadtteil Hohenecken sowie die Ertüchtigung des Bahnhalt punktes Vogelweh (IKEA). Die Koalitionäre setzen sich für eine finanzielle Förderung des Radwegebaus analog zum Straßenbau ein. Der weitere Ausbau der Trippstadter Straße südlich vom Viadukt wird 2014 bis 2019 nicht fortgesetzt. Bei Ampelanlagen (sofern notwendig) und Straßenbeleuchtung wird ein weiterer Ausbau der LED-Technik vorangebracht.

Neben dem Verkehrslärm ist auch der Fluglärm durch militärisch bedingte Flugbewegungen eine große Belastung für die davon betroffenen Menschen in Kaiserslautern. Die Koalitionäre werden im Rahmen ihrer Möglichkeiten auf eine Verbesserung der Situation einwirken.

10. Klimapolitik weiterentwickeln –Energiewende lokal vorantreiben

Unsere Energie- und Klimaschutzpolitik verbindet Wertschöpfung und Innovationskraft mit sozialer Gerechtigkeit und Ressourcenschonung. Die Koalitionspartner bekennen sich zu dem Klimaschutzkonzept der Stadt Kaiserslautern 2010. Es stellt den Handlungsrahmen für die nächsten 10 Jahre dar. Die Faktoren Wirtschaftlichkeit, Umwelt- und Klimaverträglichkeit sowie Versorgungssicherheit spielen dabei eine ebenso große Rolle wie soziale Aspekte.

Die Energiewende hält Wertschöpfung und damit Arbeitsplätze in der Region, macht uns unabhängiger von fossilen Energieträgern und vermeidet schädliche Emissionen für Natur, Klima und Mensch. Diese Anforderungen ergänzen sich in der klimaschutzbasier-

ten Wirtschaftsförderungsstrategie der Stadt Kaiserslautern, die von den Koalitionsparteien voll und ganz unterstützt wird. Das Klimaschutzkonzept sieht bis zu 300 Einzelmaßnahmen vor, um die Verpflichtung einer nachhaltigen Reduktion des CO₂-Ausstoßes zu erfüllen. Die Maßnahmen für den regionalen Klimaschutz sind ein wichtiger Bestandteil für eine zukunftsweisende Stadtentwicklung. Energetische Gebäudesanierungen, nachhaltige Mobilität, regenerative Energieerzeugung vor Ort und Kraft-Wärme-Kopplung sind nur einige Beispiele für die zukünftigen Maßnahmen, die unterstützt und initiiert werden.

Die Koalitionspartner werden weiter für Energieeinsparung eintreten. Für Bürgerinnen und Bürger bietet die Stadtverwaltung und deren Töchter (z.B. SWK) sowie die Verbraucherzentrale bereits eine kostenlose Energieersterberatung an. Wir wollen, dass dieses Beratungsangebot erhalten bleibt und weiter ausgebaut wird. Ebenso unterstützen wir den Ausbau der Fernwärmeversorgung sowie den Einsatz regenerativer Energieträger. Hiervon darf städtische Gebäudesubstanz nicht ausgenommen sein. Neben der Effizienzförderung ist es den Koalitionären ebenfalls wichtig eine Suffizienzdebatte anzustoßen: Dies bedeutet darüber nachzudenken, wo durch Verzicht Klima geschützt werden kann. Energie, die gar nicht erst erzeugt werden muss, belastet die Umwelt und den Geldbeutel am wenigsten. Gebäudeheizungen sind die größten Energiefresser. In diesem Punkt muss die Verwaltung eine Vorreiterrolle einnehmen: Beispielsweise mit energetischer Optimierung aller öffentlichen Gebäude, bei denen dies wirtschaftlich sinnvoll ist sowie Schulung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für energiesparende Arbeitsweisen.

Die Koalitionäre werden prüfen, wo und in welchem Ausmaß regenerative Energiegewinnung vor Ort in Zusammenarbeit mit regionalen Energieunternehmen und den Bürgerinnen und Bürgern möglich ist. Kleine, wirtschaftliche Photovoltaikanlagen auf öffentlichen Gebäuden mit hohem Eigenbedarf sind hier ein Beispiel.

Überdacht wird auch die Beschaffung von Dienstfahrzeugen der Stadt Kaiserslautern. Ein Wandel zu Elektroautos und Fahrrädern, vor allem für kurze Dienstfahrten, spart Geld und Emissionen.

11. Sport und Freizeit

Sport trägt zur Lebensqualität und Lebensfreude bei. Die Koalitionsfraktionen stehen hinter dem Grundsatz „Sport für alle“. Daher gilt unser Hauptinteresse dem Breitensport und dem Behindertensport.

Der Sport ist die größte Bürgerbewegung Kaiserslauterns und verbindet alle Generationen, soziale Schichten und Nationalitäten. Allein 42789 (Stand 01.03.2013) Bürgerinnen und Bürger sind Mitglied in einem der rund 100 Sportvereine Kaiserslauterns. Eine noch größere Anzahl unserer Bürgerinnen und Bürger treibt Sport außerhalb von Vereinen, vor allem beim Joggen, Walken, Radfahren oder Schwimmen. Wir unterstützen und fördern den Vereins- und Breitensport. Die Koalitionsparteien setzen sich dafür ein, noch mehr Sportaktive an die Vereine zu binden. Vereine wirken dem gerade in der

Großstadtgesellschaft zu beobachtenden Trend der Individualisierung entgegen. Das Vereinsleben stärkt das Miteinander und die gegenseitige Verantwortung von Menschen füreinander. Gleichzeitig besteht eine positive Grundhaltung zum Profisport des FCK. Die wirtschaftliche und emotionale Bedeutung des Vereins müssen allerdings immer mit den Belastungen für Steuerzahler und Kommune sorgfältig abgewogen werden. Finanzierungsmodelle dürfen auch nicht zu Lasten kleiner Sportvereine gehen.

Das Schulschwimmen im Freizeitbad Monte Mare muss weiterhin gesichert bleiben. Ebenso dürfen die Waschmühle und das Warmfreibad keinen weiteren finanziellen Kürzungen unterliegen. Darüber hinaus ist im Winter der Eislaufsport fester Bestandteil in unserer Stadt. Angebote und Einrichtungen des Sports müssen auch weiterhin für alle Teile der Bevölkerung zugänglich und bezahlbar sein.

Freizeit und Tourismus sind Wachstumsbranchen mit zweistelligen Zuwachszahlen. Hier kann die Region Kaiserslautern mit einem Potenzial aufwarten, das es noch stärker zu aktivieren gilt. Bemühungen um ein regionales Tourismuskonzept, möglicherweise in einer gemeinsamen interkommunalen, aus der Verwaltung ausgegliederten Organisationsform, sollten nicht aufgegeben werden.

In dem Zusammenhang sollte eine Aufgabe von Zoo und/oder Wildpark verhindert werden. Die Koalitionsfraktionen stehen unter Vorbehalt der haushaltstechnischen Darstellung und der Vorgabe eines tragfähigen Zukunftskonzeptes für den Erhalt dieser Einrichtungen ein.

12. Fragen der weiteren Zusammenarbeit

Dieser Koalitionsvertrag zwischen den Parteien von SPD, Bündnis 90/Die Grünen, FWG und der FBU gilt für die Wahlperiode des Kaiserslauterer Stadtrates von 2014-2019. Alle vier Koalitionsparteien verpflichten sich, die Vereinbarungen aus dem Koalitionsvertrag in allen städtischen Gremien umzusetzen. Die Partner tragen dabei eine gemeinsame Gesamtverantwortung für die Erreichung der formulierten Ziele.

Die Koalitionspartner vereinbaren, ihre Arbeit in den städtischen Gremien regelmäßig miteinander abzustimmen und in allen Verfahrens-, Sach- und Personalfragen Übereinstimmung zu erzielen.

Der Koalitionsausschuss, der von den Partei- und Fraktionsvorsitzenden der vier Koalitionsparteien gebildet wird, tritt bei Angelegenheiten von grundsätzlicher Bedeutung und in solchen zusammen, in denen keine Einigung erzielt werden konnte. Nach vorheriger Zustimmung des Koalitionsausschusses können weitere Personen hinzugezogen werden.

Die Koalitionsparteien sind sich einig, dass die Geschäftsverteilung im Stadtvorstand nach inhaltlichen Zusammenhängen und klaren Zuständigkeiten erfolgen soll.

Die Koalitionsfraktionen erzielen darüber Übereinstimmung, dass sich der zukünftige Stadtvorstand neben dem Oberbürgermeister und der Bürgermeisterin/dem Bürgermeis-

ter aus zwei weiteren hauptamtlichen Dezenten bzw. Dezententinnen zusammensetzen wird. Die Dezernatsverteilung soll grundsätzlich die gleiche sein wie in der vergangenen Legislaturperiode (siehe anhängender Verteilungsplan). Eine Änderung erfolgt nur einvernehmlich.

Die Koalitionäre wählen Frau Dr. Susanne Wimmer-Leonhardt erneut als Bürgermeisterin sowie auch den Vorschlag der Grünen Mitgliederversammlung zur Besetzung der Beigeordnetenstelle Herrn Joachim Färber und Herrn Peter Kiefer in ihren bisherigen Positionen zu Beigeordneten.

Die Parteifraktionen streben an, dass die Wahl der Bürgermeisterin/des Bürgermeisters und die Wahl der Dezenten in der Sitzung des Stadtrates am 23. März 2015 erfolgen. Im Falle des Ablaufs der Amtszeit oder des Ausscheidens eines von einer Vertreterin/einem Vertreter der Koalitionsparteien geführten Dezernats erhält die jeweilige Partei der bisherigen Amtsinhaberin/des bisherigen Amtsinhabers das Vorschlagsrecht für eine Neu- bzw. Wiederwahl durch den Kaiserslauterer Stadtrat. Die anderen Koalitionäre werden dann in der Abstimmung diesem Vorschlag folgen.

Kaiserslautern, den 15. Dezember 2014

Andreas Rahm

SPD-Stadtratsfraktion, Vorsitzender

Oliver Guckenbiehl

SPD-Stadtverband Kaiserslautern, Vorsitzender

Gilda Klein-Kocksch

BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN, Fraktionsvorsitzende

Tobias Wiesemann

BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN, Fraktionsvorsitzender

Winfried Frank

BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN, Vorstandssprecher

Stefan Thome

BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN, Vorstandssprecher

Gabriele Wollenweber

FWG Kaiserslautern, Fraktionsvorsitzende

Franz Rheinheimer

FWG Kaiserslautern, Stellv. Fraktionsvorsitzender

Hildegard Kallmayer

FBU Kaiserslautern, Vorsitzende und Mitglied im Stadtrat